

**Politik durch Erzählen.
Die „Flüchtlingswelle“ und der Kampf um narrative Deutungshoheit
in den nationalen Öffentlichkeiten Europas**

1

In diesem Vortrag möchte ich den Zusammenhang zwischen drei aktuellen Phänomenen erörtern, die uns derzeit Rätsel aufgeben: erstens der Polarisierung der Wählerschaft, zweitens dem allgemeinen Vertrauensschwund gegenüber der Politik und drittens dem Erfolg populistischer, zumal rechtsautoritärer Bewegungen.

Das erste Phänomen besteht, etwas genauer gefasst, in einer ungewöhnlichen Aufspaltung des Wahlvolkes in zahlreichen westlichen Ländern, und zwar dergestalt, dass zwei ungefähr gleich große Lager entstehen. Das könnte sich beim amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf andeuten, war bei der österreichischen Präsidentenwahl in spektakulärer Weise der Fall und gilt auch für das knappe Brexit-Votum am 23. Juni 2016 – um nur die hervorstechendsten Beispiele zu nennen. Rein arithmetisch sind solche annähernden Gleichverteilungen von Millionen Stimmen höchst unwahrscheinlich. Wie kommt es trotzdem zu ihrer auffälligen Häufung, noch dazu unter so unterschiedlichen Rahmenbedingungen an ganz verschiedenen Orten? Und wie hängt dies mit der zunehmend politikkritischen Stimmung in den jeweiligen Bevölkerungen insgesamt zusammen?

Zweitens nämlich deuten alle Umfragen und Wahlergebnisse in westlichen Demokratien auf einen massiven Einbruch des Vertrauens der Bürger in ihre Politiker hin. In den Medien werden dafür fast immer nationalstaatlich gerahmte und auf Personen fokussierende Erklärungen angeboten: Klientelismus und Korruption (Griechenland, Italien), große Koalitionen und Zwei-Parteien-Gemauschel (Österreich, Deutschland), die Bürger überfordernde Reformen (Griechenland, Spanien, Deutschland), andererseits ausgebliebe-

ne Reformen wegen mangelnder Durchsetzungsstärke des Präsidenten (Frankreich) etc. etc. Die Schwäche solcher Herleitungen besteht darin, dass sie ein allgemein verbreitetes und, so ist zu folgern, offenbar strukturell bedingtes Problem jeweils nur auf lokale Umstände und damit auf Ursachen geringerer Ordnung zurückführen. Ebenso unbefriedigend sind andererseits Erklärungen, die bloß die üblichen politikkritischen Topoi in Anschlag bringen und von daher keine Handhabe für die Besonderheit gegenwärtiger Entwicklungen bieten. Zu solchen universal einsetzbaren Topoi gehört die Rede von der Machtgier der Politiker, der Abgehobenheit der politischen Klasse, deren Akteure den einfachen Bürgern nicht mehr zuhören und keinen Sinn für ihre Sorgen und Nöte aufbringen können, oder von dem weltfremden Bürokratismus des politischen Apparats, zumal auf der Ebene der europäischen Institutionen. All dies sind keine zureichenden Gründe für die vielfach beobachtete und auch statistisch belegte Entfremdung zwischen den Bürgern und dem politischen Betrieb. Man muss stattdessen nach den tieferen und zugleich spezifischeren Ursachen dessen fragen, was im Deutschen so schön ‚Politikverdrossenheit‘ heißt.

Das dritte Phänomen, das ich ansprechen will, nämlich die Heraufkunft des Populismus, scheint eine logische Folge des zweiten zu sein. Aber so einfach liegen auch hier die Dinge nicht. Denn der Populismus ist nicht nur eine ‚dünne‘ und unselbständige Ideologie¹, sondern auch eine in sich zutiefst widersprüchliche politische Formation, deren Führer selber Teil des von ihnen verdammteten Establishments und insofern denkbar schlechte Erneuerer des Gemeinwesens sind.

2

Ich will die Diskussion dieser drei Phänomene gewissermaßen von hinten aufrollen und beginne also mit dem Komplex des Populismus. Oft ist bemerkt worden, dass populistische Bewegungen die Demokratie auf ihrem ureigensten Feld herausfordern. Denn auch

¹ Vgl. Freedon xxx. – Karin Priester, Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen. Frankfurt/M. 2007. – Dies., Wesensmerkmale des Populismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 5-6 (2012) (<http://www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus?p=all>)

sie berufen sich auf das Volk, gründen darauf aber gerade ihre Opposition zu den eingespielten demokratischen Verfahren. Wer ist das Volk? ist die vielleicht grundsätzlichste demokratietheoretische Frage. Wie wird aus einer verstreuten Menge von Menschen, die einander nicht kennen, ein Kollektiv, genauer: eine als Person vorgestellte Entität, der ein Wille attribuiert werden kann? Wie gelangt es zu seiner Stimme? Wer spricht, wenn ‚das Volk‘ spricht?

In republikanisch verfassten Staaten, die sich auf das Prinzip der Volkssouveränität gründen, wird dieses Problem bekanntlich durch Formen der Stellvertreterschaft und Fürsprache gelöst: Richter sprechen ihre Urteile im Namen des Volkes, Abgeordnete sind Volksvertreter, von der Parlamentsmehrheit gestellte Regierungen sind ermächtigt, anstelle des Volkes und für das Volk Handlungen auszuführen. Der Bezug zur Bevölkerung als solcher ist dabei nur indirekt hergestellt, durch periodisch abgehaltene Wahlen von Parteikandidaten oder durch andere, noch stärker vermittelte Autorisierungen, wie im Fall der Gerichtsbarkeit.

Es ist gerade diese durch demokratische Repräsentation erzeugte Vermitteltheit, die den Populisten Anlass bietet, um aufzubegehren und, jedenfalls ihrem eigenen Anspruch nach, dem ‚Volk selbst‘ zu seinem Recht zu verhelfen. Idealtypisch treten sich hier zwei Spielarten demokratischer Praxis gegenüber, die repräsentative und die direkte, neuerdings verstärkt als ‚partizipativ‘ bezeichnete Demokratie. Mit seiner Kritik am Modus der Repräsentation als Verfälschung des Wählerwillens, Bevormundung, Ermächtigung einer auf ihren eigenen Vorteil bedachten Politikerkaste usw., verbunden mit dem Imperativ, stattdessen doch das Volk sich selbst regieren zu lassen, steht der Populismus in einer langen und ehrwürdigen Tradition. Umgekehrt ist die Idee politischer Stellvertretung aus einer tiefen Skepsis nicht nur gegenüber der Praktikabilität, sondern auch der Wünschbarkeit einer solchen Selbstregierung des Volkes erwachsen. Nicht erst die Exzesse der Französischen Revolution haben zu Theoriebildungen geführt, die das Staatsvolk als ideelle Entität und *pouvoir constituant* sehr sorgsam vom empirisch vor Augen stehenden Volk als erregter Masse, als Pöbel, als einer zu Lynchjustiz, Massenhysterie und Diktatur der Mehrheit tendierenden und unberechenbaren politischen Größe abzuheben versuchen.

Regierung *für* das Volk im Rahmen einer konstitutionellen und rechtsstaatlichen Ordnung ist insoweit Regierung *gegen* das Volk, und seinen politischen Repräsentanten kommt damit die Aufgabe zu, im Sinne einer höheren Vernunft, einer kühleren, leidenschaftslosen Erwägung aller Umstände und Handlungsfolgen den *Abstand* der demokratischen Politik von den mehrheitlich oder lautstark in der Bevölkerung vertretenen Ansichten zu sichern. Wenn die gewählten Repräsentanten ihr Amt rechtens versehen, so heißt es in den die Entstehung der US-amerikanischen Verfassung begleitenden *Federalist Papers* von 1787/88, dann „kann es geschehen, daß die Stimme des Volkes, wenn sie von seinen Vertretern erhoben wird, eher zum Wohl des Ganzen ertönt, als wenn sie aus dem Volk selber spricht, das zu diesem Zweck zusammentritt“.² Aus einem ähnlichen Grund wurde damals erwogen, das passive Wahlrecht nur wohlhabenden, unverschuldeten, zudem durch Landbesitz abgesicherten Bürgern zuzugestehen, denen allein die Umsicht und Interesselosigkeit zugetraut werden konnte, strittige Belange rein im Sinne des Gemeinwohls zu entscheiden. (Ein Typ wie Donald Trump stand den Vätern der amerikanischen Verfassung nicht vor Augen.)

Bei allen Erwartungen an eine weitgehende Deckungsgleichheit zwischen den Ansichten der Repräsentierten und der Repräsentanten, wie sie zumal in Zeiten des Wahlkampfes geweckt werden, ist also in die repräsentative Demokratie ein distanzierendes und sich potentiell verselbständigendes Element eingebaut, dessen Sinn nicht in der Verbindung, sondern in der *geregelten Unterbrechung* der Abhängigkeit der Gewählten von den Wählern besteht. Es äußert sich in einer Art Treuhänderschaft der politischen Vertreter, die, indem sie allein nach dem Richtmaß ihrer Vernunft und ihres Gewissens urteilen, am Ende doch besser für das Volk sorgen, als dieses selbst das in seiner Wankelmütigkeit, Affektbeherrschtheit und Unkenntnis versteht. Sie haben sich zwar in regelmäßigen Abständen vor ihrer Wählerschaft zu rechtfertigen, sind aber während der Legislaturperioden in ihren Entscheidungen prinzipiell frei. Politische Repräsentation hat insofern eine oligarchische Komponente, die letztlich in einem Überhang der Autorisierung über der Kontrolle besteht.³ Sie lebt davon, dass die Delegation politischer Entscheidungsbefugnis mit einem entsprechenden Respekt gegenüber den Delegierten und dem politischen Betrieb als

² Federalist Papers, Nr. 10, ed. Zehnpfennig, S. 98

Ganzem einhergeht. In diesem Respekt, der allerdings immer neu erworben sein will, ist implizit das Eingeständnis der *Überlegenheit* der politischen Funktionsträger, ihrer größeren Kompetenz, Sachkenntnis und Erfahrung enthalten. Die Geschichte der politischen Kultur in den vergangenen zweihundert Jahren führt plastisch vor Augen, wie lange auch nach dem Wechsel vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie die Inhaber politischer Ämter, trotz allen Meinungsstreits, als Autoritäten verehrt wurden und wie stark eine noch über lange Zeit ständisch geprägte Kluft zwischen ihnen und der einfachen Bevölkerung bestehen blieb. Funktional wie genealogisch betrachtet, zählt die Autorität der Amtsträger, die nicht allein aus der Delegation von Machtbefugnis ableitbar ist, zu dem Komplex dessen, was ich die *nichtdemokratischen Voraussetzungen von Demokratie* nennen möchte.

Aus den genannten Gründen ist politische Repräsentation nicht nur als ein Notbehelf oder schlechter Ersatz anzusehen, auf den man allein deshalb zurückgreifen muss, weil sich in modernen Flächenstaaten, anders als in den *poleis* der Antike, nicht mehr alle Bürger versammeln können. Gerade in ihren scheinbaren Defiziten erfüllt sie vielmehr eine positive Aufgabe und soll der *Stabilisierung politischer Rationalität* dienen. Parlamentarier und andere dem Prinzip nach vom Volkssouverän beauftragte Amtsträger können im Sinne einer politischen Eigenlogik nur in dem Maß konsistent und rational handeln, in dem eine Art Puffer zwischen Repräsentanten und Repräsentierten deren Gleichtaktung vermindert. Diese Ausgestaltung von *Repräsentation als Differenz* hat eine kommunikationsökonomische Seite. Ein Spielraum für die Ausbildung genuin politischer Kompetenz entsteht nur, wenn auch das *Wissen* beider Seiten voneinander reduziert und gefiltert ist: Der Volksvertreter blendet idealiter die vielen spontanen und partikularen Meinungen aus, die in seiner Wählerschaft kursieren, um in den zuständigen Gremien sachverständige Lösungen zu erzielen. Andernfalls verliert er langfristige Erfordernisse aus den Augen (das zeitgenössische Stichwort heißt: Stimmungsdemokratie). Seinerseits ist er auf Diskretionsschutz und so etwas wie die gläubige Indifferenz des Wahlvolkes angewiesen, zumal wenn es um operative Interna geht, die nicht in allen Details vor der Öffentlichkeit auszu-

³ vgl. Manin, Kritik der repräsentativen Demokratie, 324

breiten sind und auch nicht in jedem Stadium basisdemokratisch beglaubigt werden könnten.

Die Beziehung politischer Halbdistanz, die der Amtsträger zum Wahlvolk unterhält, muss sich also auf eine strukturell gleichgelagerte informationelle Halbdistanz stützen können. Anders formuliert: Auch das Nachrichtenwesen repräsentativer Demokratien muss im Großen und Ganzen repräsentativ organisiert sein, das Merkmal der Durchlässigkeit mit dem Merkmal professioneller Distanzwahrung verbinden: durch Selektion, Bündelung der kollektiven Aufmerksamkeit, parteipolitische Zurückhaltung bei gleichzeitiger Einpassung des Geschehens in den herrschenden politischen Sprachgebrauch etc. Kurzum, es geht hier um die Herstellung dessen, was seit gut 200 Jahren bürgerliche Öffentlichkeit heißt. Sie ist zwar pluralistisch organisiert, aber doch einem autoritativen, das Reden der Vielen unter die Rede der Wenigen subsumierenden Ethos verpflichtet. Klassischerweise kam diese Aufgabe den großen liberalen Presseorganen, später dem staatlichen Rundfunk und Fernsehen zu, die ähnlich der Politik Anspruch auf kompetente Treuhänderschaft gegenüber der notorisch uninformierten breiten Bevölkerung erheben.

Der Populismus ist Symptom und Nutznießer der Tatsache, dass das System der demokratischen Repräsentation, mitsamt den Umgangsweisen und Voreinstellungen, die es stützen, in eine tiefe Krise geraten ist. Zu den politischen Ursachen dieser Krise werde ich mich gleich näher äußern. Vorher noch einige Worte zu dem angesprochenen Aspekt der Wissens- und Kommunikationsökonomie. Es ist unübersehbar, dass die Krise der Repräsentation eng mit medienhistorischen Entwicklungen und einem damit verbundenen neuerlichen ‚Strukturwandel der Öffentlichkeit‘ in unseren Tagen zusammenhängt. In der Kommunikationswelt des Digitalen Zeitalters werden die etablierten Zentren des Nachrichtenwesens geschwächt, zerfällt die kollektive Arena zusehends in voneinander isolierte, sich selbst verstärkende und dadurch punktuell machtvolle Teilöffentlichkeiten, werden überhaupt die Übermittlung von Nachrichten und die Bewirtschaftung von Meinungsmacht von den bisher gültigen professionellen Rollenmodellen entkoppelt. All dies ermutigt dazu, Ansprüche auf direkte Partizipation, dezentrales *agenda setting* und informationelle ‚Selbstregierung‘ zu erheben – Ansprüche, die einerseits ein emanzipatorisches

Potential in sich tragen, andererseits genau zu den Effekten von Radikalisierung und Parteienhass führen, vor denen die Vordenker des Republikanismus gewarnt haben. Es besteht eine vitale Allianz zwischen neuen politischen Bewegungen und neuen Kanälen der politischen Kommunikation, angefangen von nichtklassischen Nachrichtenformaten im Fernsehen (Talkshows, Infotainment) über Blogs und andere Foren der informationellen Selbstermächtigung bis hin zu den *social media* mit ihrem ganz neuen Potential, Kampagnen zu organisieren. Oft geht dies mit offener, zum Teil höhnischer Verachtung der Experten und ihrer Kontrollfunktion für den öffentlichen Diskurs einher. Begünstigt werden solche Haltungen durch den Umstand, dass weder der Journalismus noch die Politik vollständig professionalisierte Funktionssysteme sind, sondern – in starkem Gegensatz etwa zum Recht, zur Wirtschaft und Wissenschaft – nichtprofessionelle Erfolgsgeschichten und zu Zeiten sogar offen ausgestellte Ignoranz prämiieren.

3

Soviel zum Thema Medien & Repräsentation. Ich bin damit schon bei dem zweiten von mir eingangs erwähnten Phänomen angekommen, nämlich dem massiven Schwund an Vertrauen und ‚gefühlter Legitimation‘, den der Parlamentarismus westlicher Prägung seit einigen Jahren erleidet. Wie schon angedeutet, bin ich der Auffassung, dass dafür nicht nur jeweils lokale Umstände verantwortlich gemacht werden können, sondern dass es sich um ein Strukturproblem von größerer Tragweite handelt. Ich meine, dass es eng mit dem Mechanismus der Repräsentation als solchem zusammenhängt, genauer: einer selbstzerstörerischen Option, die das Repräsentativsystem bietet und die unter bestimmten Bedingungen in den Vordergrund tritt.

In der politischen Theorie wird über Repräsentation hauptsächlich im Hinblick auf den Binarismus Identität vs. Differenz zwischen Repräsentanten und Repräsentierten diskutiert: Kann man näherungsweise eine Identität beider Seiten herbeiführen, und falls nein,

ist dann Differenz gut oder schlecht?⁴ Durch die Engführung auf diese Alternative gelangen aber wesentliche, ja für den politischen Prozess entscheidende Interdependenzen aus dem Blickfeld. Denn die Frage ist nicht nur, ob Wähler sich von ihren Delegierten angemessen vertreten fühlen oder nicht. Zwischen beiden Seiten spielen sich sehr viel komplexere Dynamiken ab. Das Verhältnis zum Repräsentanten ist nicht allein auf die Seite eines erfüllten oder enttäuschten Identifikationsverlangens hin festzulegen. Es kann sich im Gegenteil gerade durch *Abstoßung und Feindseligkeit* stabilisieren. Eine wichtige Rolle spielt dabei ein Mechanismus, den ich als *Externalisierung* bezeichnen möchte. Er kann zwei Unterformen annehmen, Externalisierung von Komplexität und Externalisierung von Ambivalenz.

Externalisierung von Komplexität. Versuchen wir, die gegenwärtige Situation westlicher Demokratien aus der Perspektive eines neutralen Beobachters, also gewissermaßen von außen, zu beschreiben. Diese Demokratien sind sowohl konstitutionell als auch von ihrer politischen Kultur her noch immer wesentlich nationalstaatlich verfasst, obwohl viele internationale Verwicklungen unmittelbar auf das Schicksal des einzelnen Landes durchschlagen. Dadurch entsteht ein Überhang an Interdependenz und Komplexität, der innerhalb der nationalen Arenen nicht mehr angemessen bearbeitet werden kann. Erschwerend tritt hinzu, dass mit dem Ende der westlichen Suprematie auch die einseitige Bevorteilung der westlichen Staaten ein Ende findet. Die eigenen Probleme können nun weniger leicht in andere Weltregionen exportiert werden, was den gesellschaftlichen Innendruck beträchtlich erhöht. Stattdessen dringen umgekehrt die Probleme der Welt in die westlichen Wohlstandsgesellschaften ein, ohne dass diese sich davor zu schützen wüssten.

Wie reagieren die Bürger der betroffenen Staaten darauf? Eine psychoökonomisch naheliegende und deshalb von vielen gewählte Lösung besteht darin, die Last der Komplexität *auszuverlagern*, und zwar heraus aus der eigenen Wahrnehmungswelt in die Sphäre der politischen Akteure. Dieser Mechanismus erlaubt es, Zusammenhänge, die in ihrer globalen Verkettung undurchschaubar sind und als bedrohlich erscheinen, eben den politischen Repräsentanten anzulasten, die vom Wahlvolk mit ihrer Bewältigung betraut wurden. Der

⁴ vgl. Linden/Thaa 2011, Thaa 2008, Plotke 1997

in der Sache begründete Abstand, der zwischen den Erfordernissen einer in zusehends globalen Problemhorizonten agierenden Politik und den nationalkulturell gerahmten Erwartungen der Wählerschaft entstanden ist, wird dann in Begriffen einer persönlichen Entfremdung ausbuchstabiert. Und die globalen Erfordernisse erscheinen als Zumutungen der politischen Repräsentanten, die im Gegenzug mit Abwendung bestraft werden. Darin liegt eines der Erfolgsgeheimnisse heutiger populistischer Bewegungen, die durch Rückzug in den Nationalstaat den Rückbau von Komplexität versprechen und zugleich suggerieren, das Vorhandensein dieser Komplexität sei nicht etwa der Verfasstheit der Welt, sondern den Machenschaften abgehobener Politiker und Bürokraten zuzurechnen.

In psychoanalytischem Vokabular würde man sagen, dass Repräsentation im klassischen Sinn nach dem Modell der Über-Ich-Beziehung organisiert ist. Der Repräsentant erscheint dabei nicht primär als ausführendes Organ meiner politischen Wünsche, sondern im Gegenteil als eine väterlich-erzieherische, zu Vernunft, Selbstbeherrschung, Kompromissbereitschaft und Geduld angesichts vager Versprechen auf eine bessere Zukunft mahnende Instanz. Ihm die Gefolgschaft aufzukündigen, gegen die Entmündigung durch Expertenwissen und *political correctness* aufzubegehren, verschafft zu Zeiten einen rebellischen Triumph. In ihm mischen sich der tiefsitzende Zorn darüber, politisch nicht vertreten, sondern belogen und betrogen worden zu sein, mit Schadenfreude und affektiver Enthemmung. Er wird allerdings früher oder später dadurch getrübt, dass die Herstellung klarer Fronten zwischen ‚denen‘ und ‚uns‘ einen Schwarm neuer Komplexitäten erzeugt, der die Abhängigkeit von den verachteten Machteliten in Politik und Gesellschaft langfristig eher vertieft – wofür der jüngst beschlossene Brexit das schönste Beispiel ist.

Die Beziehung zum populistischen Führer dagegen ist anders modelliert, als Identifikation nicht im Register des Über-Ich, sondern des Es. Sie ist befreiend insofern, als sie von all den kulturellen und sprachpolitischen Imperativen der politischen Elite erlöst – als Lizenz, endlich sagen und tun zu dürfen, was man angesichts des herrschenden Meinungsdrucks bisher nicht sagen und tun durfte. Das gibt populistischen Bewegungen ihr merkwürdig doppeltes Gepräge von Moralismus und Exzess. Es erklärt zugleich, warum die populistischen Führer so gar nichts von dem haben, was man angesichts der von ihnen lauthals

geäußerten Kritik an der Verlogenheit und Verderbnis der herrschenden Klasse erwarten würde: Sie sind keine Savonarolas, die das Übel aus dem Gemeinwesen her austreiben wollen, keine asketischen Armutsprediger, keine aufrechten, geradlinigen, unbestechlichen, allen Skandalen denkbar fernstehenden Männer – sondern Leute wie Silvio Berlusconi und Donald Trump, die sich all das leisten können – Geld, Villen, Golfplätze, Frauen mit Botoxlippen und hochhackigen Schuhen –, was ein einfacher Bürger wie ich auch gerne hätte.

Und die demokratisch beauftragten Repräsentanten? Sie geraten in die Rolle von *angefei- deten Mittlern* zwischen dem, was ihnen politisch geboten scheint, und den Wünschen oder Illusionen der Wähler. Im Grenzfall finden sie sich in schizophrene Situation eingezwängt, als Objekte der Aggression die Folgen des gegen sie gerichteten Hasses auch noch implementieren zu müssen. Auch hier kann das Brexit-Votum vor einigen Wochen als Beispiel dienen. Denn die nun notwendig werdende Neuregelung des Verhältnisses zwischen Großbritannien und der EU wird nicht von den Wortführern der Austrittskampagne vorgenommen, sondern bleibt zu großen Teilen den gescholtenen EU-Bürokraten überlassen und bindet ihre eigentlich für Krisenprävention und allfällige Reformmaßnahmen benötigten Kräfte.

Externalisierung von Ambivalenz. Sie funktioniert nach dem gleichen Schema, Allerdings ist der kollektive Mechanismus noch etwas komplizierter. Ich habe eingangs auf die auffällige Häufung extrem knapper Mehrheiten in demokratischen Entscheidungsverfahren hingewiesen. Die einzig mögliche Erklärung, die ich dafür sehe, ist kollektivpsychologischer Art. Es ist nämlich zu vermuten, dass sich in einer derartigen kollektiven Ambivalenz eine Unentschiedenheit spiegelt, die sich vielfach auch auf individueller Ebene quälend bemerkbar macht. Man kennt diesen Effekt aus Gruppendiskussionen über Probleme, auf die es keine einfachen Antworten gibt: Neigt sich die Waagschale der Meinungen stark in die eine Richtung, dann fühlen sich manche Teilnehmer dazu bewegt, doch auch der entgegengesetzten Ansicht ihr Recht zu verschaffen (selbst wenn es nicht ihre eigene ist). Dadurch entsteht am Ende zwischen Pro und Contra ein ungefähres Gleich-

gewicht, so dass sich die Summe der individuellen Unschlüssigkeiten in der Unentschiedenheit der Gruppe als ganzer gewissermaßen objektiviert.

Ein jedem vor Augen liegender Fall von kollektiver Ambivalenz ist die seit 2015 neu aufgeflamnten Migrationsdebatte in Deutschland. Sie ist einerseits durch eine breite zivilgesellschaftliche Zustimmung zu einer Kultur der Offenheit und des Willkommen-Heißens, andererseits durch die Sorge vor den Folgen unkontrollierter Zuwanderung geprägt – ein Dilemma, mit dem sich in unterschiedlicher Gewichtung alle an der Debatte Beteiligten konfrontiert sehen. Nimmt man alle Stimmen zusammen, so gravitiert die Diskussion mit gewissen meinungskonjunkturellen Schwankungen stets ungefähr um diesen dilemmatischen Kern. Brennt irgendwo ein Flüchtlingsheim, bewegt sich die öffentliche Empörung zum humanitären Pol hin. Nimmt die Zahl der Neuankömmlinge kein Ende, werden die Stimmen lauter, die auf verstärkte Grenzkontrollen und Abweisung drängen. Dadurch entsteht ein unsichtbares Band auch zwischen Menschen, die unterschiedlichen politischen Lagern angehören, sich weder kennen noch mögen. Auf unterschwellige Art, und ohne dass ihnen dies im Allgemeinen bewusst ist, *kooperieren* sie geradezu miteinander: Die Liberalen wären vielleicht nicht so liberal, wenn sie ganz unter sich blieben und die Folgen ihrer Ansichten tatsächlich in vollem Umfang aushalten müssten. Konservativ eingestellte Mitbürger dagegen würden vielleicht nicht nach rechtsaußen tendieren, hätten sie nicht das Gefühl, von selbstgerechten liberalen Meinungsmachern marginalisiert und überfahren zu werden. Auf diese Weise kommt es zu einer Arbeitsteilung auch zwischen unterschiedlichen Schichten. In der Summe erlauben dann die Xenophobie bildungsferner Sozialmilieus und die durch sie erwirkten Abwehrmaßnahmen es den grün wählenden Altstadtbewohnern, an ihrem multikulturellen Lebensgefühl festzuhalten.

Was tut eine Gesellschaft, die sich derart uneins ist, andererseits aber gerade durch das Band der Uneinigkeit stabilisiert wird, die also die allgemeine Ambivalenz nicht einfach nach einer Seite auflösen kann? Die Lösung liegt wiederum in der *Auslagerung* der Ambivalenz auf die Ebene der politischen Repräsentanten. Deren Ringen um eine unmögliche Lösung kann dann als Unfähigkeit der politischen Kaste gebrandmarkt werden, sei es nach der einen oder nach der anderen Seite. Mit dem Effekt, dass ich mich durch

Abwälzung meiner eigenen Unschlüssigkeit auf instituierte Dritte erfolgreich zu entlasten vermag, und zwar umso müheloser, je weiter sie von dem Bereich meiner sozialen Solidaritäten entfernt sind. Deshalb bietet sich die EU als perfektes Ziel eines solchen *blame game* an.

Natürlich ist dieses Verfahren der Auslagerung von Ambivalenz auch den politisch Verantwortlichen keineswegs fremd. Um das *Prinzip* der Repräsentation herauszustellen, habe ich bisher ein idealisiertes Bild politischer Repräsentanten gezeichnet. In der Praxis stellt sich die Lage weitaus verworrener dar. Denn auch die politischen Akteure selbst sind am *blame game* beteiligt und führen ihm frische Nahrung zu – die Lokalpolitiker mit Blick auf die nationale Ebene, die national Verantwortlichen wahlweise unter Hinweis auf die Kompetenzüberdehnung oder aber die (von ihnen größtenteils selbst mitverschuldete) Lähmung der europäischen Institutionen. Die Kette der Auslagerungen pflanzt sich so lange fort, bis eine Zone schwacher Resonanz erreicht ist, wo das die Ambivalenz hervorrufende Problem in irgendeiner Weise stillgestellt oder einer Scheinlösung zugeführt werden kann. Das entsprechende Optimum im Hinblick auf die Flüchtlingsproblematik bestünde darin, einerseits an dem offiziellen Selbstbild der sich als offen und humanitär darstellenden westlichen Demokratien festzuerhalten, andererseits durch administrative Barrieren und Abmachungen mit schwächeren, an der Peripherie gelegenen Drittländern alles daran zu setzen, dass tatsächlich nur noch möglichst wenige Flüchtlinge ins Land kommen.⁵ Dumm ist nur, dass diese Stabilisierungen anderswo Instabilität hervorrufen – aktuell im Fall der Türkei.

4

Nun habe ich bisher kaum über das Erzählen gesprochen, das doch im Titel meines Vortrags als ein Leitgesichtspunkt angezeigt war und die eigentliche Grundlage dafür bietet,

dass ich mich als Literaturwissenschaftler mit politischen Themen befasse. Aber statt das Offensichtliche noch einmal zu sagen – dass die erzählerische Fassung politischer Probleme im Meinungskampf eine entscheidende Rolle spielt und dass dies vor allem in Zeiten verstärkter kollektiver Anspannung gilt –, war es mir ein Anliegen, einen Schritt zurückzutreten und die Strukturbedingungen nachzuzeichnen, unter denen bestimmte Erzählungen sich ausformen und erfolgreich sind.

Ich will nicht abgeklärt klingen, aber aus einer rein theoretischen Perspektive ist die politische Dynamik, die derzeit durch die unglückselige Kombination aus Massenmigration und Terrorgefahr ausgelöst wird, nicht überraschend. Abwehrreflexe der ansässigen Bevölkerung gegenüber Scharen von Neuankömmlingen sind ein altes Phänomen, ebenso wie sich die Stilmittel von Xenophobie, der Gebrauch bestimmter Stereotypen, im Lauf der Jahrhunderte nicht wesentlich geändert zu haben scheinen. Selbst in einem klassischen Einwanderungsland wie den Vereinigten Staaten haben Migrationsschübe beziehungsweise die – durchaus eigenen Zyklen gehorchende – Sorge vor ‚Überfremdung‘ regelmäßig zu feindseligen Ausgrenzungen geführt, die nacheinander Deutsche, Iren, Chinesen, Osteuropäer und Latinos trafen⁶; in jüngster Zeit sind, wie wir alle wissen, die Muslime als unspezifisches Kollektiv Opfer einer solchen Schließungstendenz. Die gegenwärtige Zunahme von Xenophobie, bis hin zu offenem Rassismus, ist im Übrigen ein global verbreitetes Phänomen, ebenso wie die Tendenz zum Rückzug in einen als wehrhaft imaginierten Nationalstaat.

Was die aktuelle Auseinandersetzungen angesichts der ‚Flüchtlingskrise‘ in Deutschland betrifft, so scheinen sie einem Drehbuch zu gehorchen, das in der Bundesrepublik schon mehrfach das politische Handeln bestimmte – zuletzt zu Beginn der 1990er Jahre, als angesichts einer ‚Asylantenflut‘ aus den Balkanstaaten auch schon die Wohnheime brannten.⁷ Anscheinend reflexartig ruft die Unruhe, die durch verstärkte Immigration ausgelöst wird, Ausdrucksformen eines sich radikalisierenden Nativismus hervor, der sich ziemlich wahllos der jeweils gerade zuhandenen semantischen Ressourcen bedient. Auch

⁵ Übrigens eine Strategie, die sich auch in anderen Wohlstandsregionen außerhalb Euroamerikas beobachten lässt. Vgl. Neuberger 2016

⁶ vgl. Hirschman 2007

vor zwanzig Jahren bestand übrigens die doppeldeutige politische Lösung darin, das Recht auf Asyl in Deutschland formell aufrechtzuerhalten, die Beantragung von Asyl auf deutschem Boden aber durch die Drittstaatenregelung des Dublin-Abkommens *de facto* unmöglich zu machen.

Neu ist, dass diese Art der Externalisierung nicht mehr funktioniert – mit der Folge, dass die Kluft zwischen ‚uns‘ und ‚ihnen‘ sich nun auch innerhalb der nationalen Resonanzräume vertieft. Damit sind zugleich die narrativen Frontlinien vorgegeben: auf der einen Seite die langen Erzählketten, die von übergreifenden Zusammenhängen, globaler Interdependenz, Verhandlung und Kompromiss handeln, auf der anderen Seite die Geschichten vom identitären, sich in einem Entscheidungskampf von letztlich apokalyptischen Ausmaßen armierenden Kollektiv. Klassischerweise dienen politische Mythen dazu, Solidarität zwischen den Eliten und der breiteren Bevölkerung zu stiften. Aber was die politischen Eliten des Westens derzeit zu erzählen haben, verfügt nur über eine sehr eingeschränkt mobilisierende Kraft. Erzählerisch hat der Nationalpopulismus die besseren Karten. Er kann sich den Grundzug erzählerischer Dramaturgie zunutze machen, nämlich Komplexität und Ambivalenz durch Polarisierung, das heißt durch Reduktion auf ein Freund/Feind-Schema aufzulösen, klare Grenzen zu ziehen und dadurch scheinbare Orientierung zu schaffen.

Das ist eine, wenn Sie so wollen, Waffenungleichheit, die mich zutiefst ratlos macht. In meiner Studie *Hegel und wir*, deren Manuskript Anfang 2015 fertiggestellt war, habe ich die These verfochten, dass Europa a) aus strukturellen und historischen Gründen über keine Große Erzählung verfügt, eine solche b) als eine dem Nationalismus mit seinen politischen Mythen entwachsene Staatengemeinschaft auch nicht haben sollte und zudem c) als ein weniger durch kollektive Identität als durch technische, administrative und wirtschaftliche Integration zusammengehaltenes Gebilde nicht zwingend braucht. Dann kamen die Flüchtlinge, die Terroranschläge in immer dichter Folge, die zunehmende politische Radikalisierung, der Brexit... Ich stehe nach wie vor zu diesen Überlegungen, aber sie kommen mir inzwischen noch hilfloser vor als zu dem Zeitpunkt, als ich sie niederschrieb.

⁷ Herbert 2001, Terkessidis 2000

Und die Frage ist noch dringlicher geworden, wie eine Gegenwelt zu den heroisch-kriegerischen Mythologien des Nationalismus gestiftet werden kann, deren Geschichten – ich zitiere mich selbst – „kleinformatiger, leiser, mit einem Wort: gewöhnlicher“ geworden sind und sich vor allem auf die „Netzverdichtung schwacher und disperser Bindungen stützen“.⁸ – Trotzdem ist es diese Welt, und keine andere, in der ich leben will.

⁸ Albrecht Koschorke, *Hegel und wir. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2013*. Berlin 2015. S. 223